



GÖTTINGER BLÄTTER

11.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Eine Veranstaltungsreihe vom 9. November 2018 bis 30. Januar 2019

In den Konzentrationslagern bündelte sich die nationalsozialistische Politik der Verfolgung, Entrechtung, Entwürdigung und systematischen Ermordung von Millionen Menschen. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Dieser Tag wurde zum Symbol für eine wachsame Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Seit dem Jahr 1996 ist der 27. Januar in Deutschland offizieller „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Gedenken braucht mehr als einen isolierten, staatlichen Gedenktag. Darum betten wir mit unserer Veranstaltungsreihe den Tag der Befreiung von Auschwitz in seinen historisch-politischen Zusammenhang ein. Die Eckdaten 9. November (Pogromnacht 1938) und 30. Januar (Ernennung Hitlers zum Kanzler 1933) sollen an Schuld und Verantwortung der Deutschen erinnern. Gedenken braucht einen Standpunkt.

Wir müssen feststellen, dass bei der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus heute vor allem wieder die deutschen Opfer etwa von Bombenkrieg oder Vertreibungen in den Vordergrund gerückt werden. Wir, die VeranstalterInnen dieser Reihe, treten solcher und anderer Relativierung entgegen. Wir möchten Zeichen setzen: Gegen Gleichgültigkeit und Vergessen. Gegen die Verharmlosung deutscher Schuld und Verantwortung. Gegen das Fortbestehen rechter Ideologie und rechtsextremer Aktivitäten in Alltag und Gesellschaft.

Erinnerung braucht Wissen. In dieser Reihe wird in öffentlichen Veranstaltungen der Opfer gedacht und durch Vorträge, Lesungen, Begegnungen mit ZeitzeugInnen, Diskussionsrunden, Theater- und Filmvorführungen, Konzerte, historische Stadtrundgänge und Führungen in KZ-Gedenkstätten eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus geführt.

Alle Veranstaltungen der Bündnisreihe im Überblick finden sich hier:

<https://www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de>

Führung zum jüdischen Leben in Moringen

Freitag, 9. November 2018, 14 Uhr
Lange Straße 58, Moringen,
Treffpunkt: KZ-Gedenkstätte Moringen

Mit Uwe Reinecke

Anmeldung: Tel. 0 55 54 - 25 20,

info@gedenkstaette-moringen.de

Der Rundgang wird etwa zwei Stunden dauern. Männliche Teilnehmer werden gebeten für den Besuch des jüdischen Friedhofs eine Kopfbedeckung mitzunehmen.

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Dieses Jahr jähren sich die antijüdischen Pogrome vom 9. November zum 80. Mal. 1938 existierte die jüdische Gemeinde Moringens bereits nicht mehr. Wie kam es dazu? Was war das Schicksal der Moringener Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus? Zahlreiche Gebäude erzählen vom vielfältigen jüdischen Leben der Stadt. Mit der Nazizeit fand dieser Teil des Moringener Alltags ein jähes Ende.

(...) Fortsetzung der Veranstaltungshinweise auf den Seiten 2 und 12

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Veranstaltungen 9. November	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Veranstaltungen 9. November 12	

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2018
ist der 16. November.
Auslieferung am 22. November.

Veranstaltungsreihe:

marx ohne bart

Kapitalismus – Wohnungs-
krise – Recht auf Stadt

mit Andrej Holm, 6.11.2018, 18:00

Workshop:

Soziales Wohnen neu
denken (I)

Mit Peter Birke und
Hans-Dieter von Frieling,
17.11.2018, 11:00-18:00 Uhr,

Beide Veranstaltungen bei Ver.di,
Groner-Tor-Straße 32



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“

Stadtrundgang zur jüdischen Geschichte der Stadt Duder- stadt

Freitag, 9. November 2018, 15 bis ca.
17 Uhr

Treffpunkt: Gartengrundstück in der
Christian Blank-Str. 23, gegenüber dem
Kloster der Ursulinen

Mit Georg Schwedhelm

Veranstaltet vom DGB Region Südnie-
dersachsen-Harz

Es gab ein jüdisches Leben in Duderstadt. 1898 wurde die neue Synagoge mit Schule und Lehrerwohnung geweiht. Es gab jüdische Geschäfte wie Siegfried Ballin, Mayer Löwenthal und Max Rosenbaum; eine Bank, deren Eigentümer Moritz Katz war; den Viehhändler Aron Stein und den Zigarrenfabrikanten Robert Löwenthal. Am 9./10. November 1938 wurde die Synagoge niedergebrannt und die beiden letzten Geschäfte mit Inhabern jüdischen Glaubens, Rosenbaum und Löwenthal wurden zerstört und geplündert.

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am Synagogen-Mahnmal

80 Jahre Novemberpogrome 9./10. No-
vember 1938

Freitag, 9. November 2017, 18 Uhr

Platz der Synagoge, Göttingen

Veranstaltet von der Gesellschaft für
christliche-jüdische Zusammenarbeit

In diesem Jahr wird nach dem Vorsit-
zenden der GCJZ e.V. Heiner J. Willen
und dem Oberbürgermeister Rolf-Georg
Köhler der Vizepräsident des Deutschen
Bundestages Thomas Oppermann re-
den. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde
werden das Kaddisch (Jüd. Totengebet)
sprechen. letzten Geschäfte mit Inhabern
jüdischen Glaubens, Rosenbaum und
Löwenthal wurden zerstört und geplün-
dert.

Kindertransporte 1938/39

Freitag, 9. November 2018, ca. 19.30
Uhr (nach der Veranstaltung am Mahn-
mal der ehemaligen Synagoge)
Begegnungsstätte Löwenstein, Rote
Straße 28, Göttingen

Der Zeitzeuge Peter Kurer (87) aus Man-
chester (Großbritannien) berichtet aus
persönlichem Erleben über die Rettung
von 10.000 jüdischen Kindern durch die
Übersiedlung nach England.

„Spott dem Naziregime — Karikaturen gegen die NS- Herrschaft in Luxemburg“

Samstag, 10. November 2018 bis Don-
nerstag, 31. Januar 2019

Dauerausstellung „Auf der Spur euro-
päischer Zwangsarbeit. Südniedersach-
sen 1939-1945“ in der BBS II, Gode-
hardstraße 11, Göttingen

Eine deutsch-französischsprachige Son-
derausstellung in der Ausstellung „Auf
der Spur europäischer Zwangsarbeit.
Südniedersachsen 1939-1945“
Eintritt frei — Spenden erwünscht
Öffnungszeiten: mittwochs und freitags
10-14 Uhr sowie 1. / 3. Sonntag im Mo-
nat 14-17 Uhr und für Gruppen nach
Vereinbarung

Weitere offene Führungen mit Diskus-
sion:

Sonntag, 18. November 2018, 14 Uhr

Sonntag, 20.01.2019, 14 Uhr

mit Roland Zeyen, Geschichtswerkstatt
Duderstadt

Voranmeldung für Gruppen:

E-Mail: [info@zwangsarbeit-in-
niedersachsen.eu](mailto:info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu) oder telefonisch unter
0551 /29 34 69 01

Ausstellungsvernissage „Spott dem Naziregime — Kari- katuren gegen die NS-Herr-

schaft in Luxemburg“

Samstag, 10. November 2018, 16 Uhr
bis 19.30 Uhr

Mit Frank Schroeder, Ausstellungsmacher
und Leiter des „Musée national de la Ré-
sistance“ in Esch/Alzette (Luxemburg).

Thematische Einleitung und Führung durch die Sonderaus- stellung.

Sonntag, 11. November 2018, 11.30 Uhr
Vortrag und Diskussion mit Frank
Schroeder

Der Vortrag handelt vom aufschluss-
reichen und kritischen Blick des Kari-
katuristen einer kleinen, sozialistischen
Zeitung aus Luxemburg über die Mosel
hinüber, auf das NS-Regime der 30er
Jahre. Er zeigt den Druck und die Bedro-
hung, die Nazi-Deutschland für ihn, für
sein Land und für Europa darstellte. Er
greift auf, wie eine lokale Widerstands-
bewegung im besetzten Luxemburg
Zeichnungen und Karikaturen in ihrem
Kampf gegen die Nazis eingesetzt hat.
Und er zeigt, wie sensibel eine Diktatur
auf Schmähungen reagieren kann.

Zwangsarbeit in der Region

Sonntag, 11. November 2018, 14 – 17
Uhr

Dauerausstellung „Auf der Spur eu-
ropäischer Zwangsarbeit. Südnieder-
sachsen 1939-1945“ in der BBS II,
Godehardstraße 11, Göttingen

Mit Petra Zeyen (Geschichtswerkstatt
Göttingen)

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt
Göttingen und der Dauerausstellung „Auf
der Spur europäischer Zwangsarbeit.
Südniedersachsen 1939–1945“ (...)

(...) weiter auf Seite 12

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

am 13. November um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Neues Dekret zur Kultur in Kuba sorgt international für Diskussion

Regierung will „Qualität und ethische Werte“ bei Darbietungen im öffentlichen Raum sicherstellen.

Von Marcel Kunzmann, amerika21, - gekürzt

Mit einem neuen Gesetz will Kubas Regierung den Kunstbetrieb des Landes reorganisieren. Das Dekret 349, das im Dezember in Kraft treten wird, löst die bisherigen Regularien ab. Es sieht unter anderem vor, dass künstlerische Darbietungen im öffentlichen Raum künftig nur mit einem Vertrag beim Kulturministerium erfolgen dürfen. Damit will die Regierung unter anderem verhindern, dass Auftritte am Fiskus vorbei organisiert werden und führt zugleich Sanktionen gegen die Verbreitung von diskriminierenden Inhalten ein.

Mit der Neuregelung sollen „Qualität und ethische Werte“ bei öffentlichen Darbietungen sichergestellt werden, erklärte die Zeitung Granma. Das Gesetz definiere darüber hinaus „die anzuwendenden Mittel bei Verstößen gegen die Regularien.“ Dazu

zählen laut dem Gesetzestext u.a. die Verwendung von Medien, die gewalttätige oder pornographische Inhalte, Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, körperlicher Einschränkung sowie sexistische, obszöne oder vulgäre Sprache propagieren.

In einem ausführlichen Artikel wurden in der Zeitung die Details des Gesetzes erklärt, wozu auch der Sanktionskatalog zählt.

Auf Kuba stieß das Gesetz und die damit verbundenen Sanktionen nicht nur auf Zustimmung. Die Kuratorin Yanelys Núñez protestierte vor dem Kapitol in der Hauptstadt gegen das Gesetz, indem sie sich mit Kot beschmierte. Von exilkubanischen Medien wurde das Gesetz erwartungsgemäß scharf kritisiert. Hier handle es sich um eine „systematische Vorzensur“, erklärte die in den USA lebende Rechtsanwältin Laritza

Diversent, die verschiedene Dissidentengruppen auf Kuba berät.

Unterdessen verteidigten auf Kuba verschiedene Künstler das neue Gesetz in den Medien. Der Dichter und Schriftsteller Antonio Rodríguez Salvador erklärte, das Dekret entspreche vielen Bedürfnissen der Künstler, indem es „Ordnung in das komplexe Gebiet der kommerziellen Kunstleistungen“ bringe. Verträge können künftig nicht mehr am Ministerium vorbei geschlossen werden.

„Die künstlerische und schriftstellerische Freiheit ist nicht Gegenstand des Dekrets“, schrieb der Autor und Kunstkritiker Pedro de la Hoz in einem Kommentar in der Granma. ... Sobald eine Kunstdarbietung in einem Nachtclub, einem Theater oder andernorts im öffentlichen Raum stattfindet, sei sie Gegenstand der Kulturpolitik des Staates.“

► USA: Die Parodie eines Angriffs auf Kuba bei den Vereinten Nationen

Mit Zustimmung der internationalen Organisation war am Dienstag, 17.10.2018, im Saal des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) eine Show organisiert worden, um eine Kampagne gegen Kuba, genannt Jailed for what (Eingesperrt warum), zu starten

Mit Zustimmung der internationalen Organisation war am 17. Oktober im Saal des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) eine Show organisiert worden, um eine Kampagne gegen Cuba, genannt Jailed for what (Eingesperrt warum), zu starten.

Der Zweck dieser Veranstaltung, mit der die Außenpolitik und die Autorität einer UN-Organisation verspottet werden, ist nichts anderes als der Versuch, Cuba als angeblichen Verletzer der Menschenrechte hinzustellen, um die anhaltende Wirtschafts- und Handelsblockade gegen die Insel zu rechtfertigen. Vorwand für diese Farce war der Vorwurf der USA, dass es in Cuba politische Gefangene geben würde und deren Menschenrechte angeblich verletzt würden.

Die Inszenierung vom 17.10., die wie erwartet fast keine Zuschauer hatte, wurde von der Botschafterin Kelley E. Currie, US-Vertreter beim Wirtschafts- und Sozialrat den Vereinten Nationen, angeführt, sowie Michael Kozak, leitender Beamter des Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit des State Department, welches viel Geld erhält für subversive Aktionen gegen Kuba.

Dazu kamen- wie es seine Gewohnheit ist, wenn die Herren aus Washington befehlen, Luis Almagro, Generalsekretär der OAS u.a. Was kann man von solch einer eloquenten Mannschaft erwarten?

Unserer Vertreterin vor der internationalen Organisation, Anayansi Rodríguez Camejo, wurde mehrfach das Wort verwei-

gert, um das sie mehrmals gebeten hatte. Die UN-Sicherheit verwies diejenigen, die die US-Kampagne gegen Kuba ablehnten, des Saales. Mit ihren glühenden Bekundungen aus dem Hintergrund übertönte die kubanische Delegation die Lügen der USA.

Es ist fast eine Komödie, was die Vereinigten Staaten hier versucht haben. Wie kann die US-Regierung es wagen, von Verletzung der Menschenrechte zu sprechen, wenn sie in Gefängnissen wie denen im Irak oder in Guantanamo Gefangene foltern lässt, wenn sie in der Lage ist, Kinder vom Immigranten gewaltsam von ihren Eltern zu trennen, wenn sie zur Verwendung von Waffen

(...) Forts. auf Seite 12



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

100 Jahre Novemberrevolution – 100 Jahre KPD

► „Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus!“

Vor 100 Jahren stürzten die bewaffneten Matrosen und Soldaten aus der Arbeiterklasse und den armen Schichten mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern aus den Fabriken den deutschen Kaiser. Am 9. November musste der deutsche Kaiser abdanken und Karl Liebknecht rief die deutsche sozialistische Republik aus, während der Führer der rechten Sozialdemokratie Scheidemann eine „demokratische Republik“ ausrief.

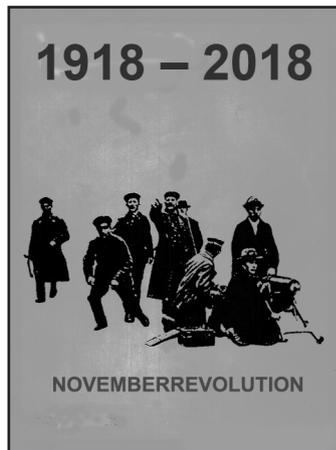
Die Novemberrevolution war eine Reaktion auf den andauernden Weltkrieg und den Brudermord der Arbeiter untereinander, auf die Verarmung in der Heimat, all dies für die Interessen des deutschen Imperialismus. Vier Jahre lang kämpften Revolutionäre und Revolutionärinnen gegen den imperialistischen Krieg. Sie haben entsprechend der Beschlüsse der Zimmerwalder Linken alles unternommen, um den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg mit dem Ziel der Errichtung der Arbeitermacht zu verwandeln. Liebknecht, als der einzige Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, der die Kriegskredite verweigerte, machte deutlich, welcher strategische Hauptstoß von Sozialisten zu erwarten ist: „Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und unmittelbar ge-

genüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“

Die Novemberrevolution beendete den Krieg, erkämpfte den Frauen das Wahlrecht, den Arbeitern und Arbeiterinnen den 8-Stunden-Tag und sicherte ihnen Rechte im Betrieb. Die Novemberrevolution fand im Rahmen einer internationalen revolutionären Epoche statt: In Russland wurde die politische und ökonomische Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet. In Ungarn wurde zeitweise eine Räterepublik errichtet, in Italien und Österreich wurden Revolutionen erkämpft.

Doch war die Novemberrevolution nur eine halbe Revolution. Ihr entscheidender Mangel war die fehlende autonome revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und das ungebrochene Vertrauen der Arbeiter und der Massen in die Sozialdemokratie.

Und heute? Überall auf der Welt gibt es Kriege, imperialistische Kriege. Dennoch können sich viele Menschen einen Weltkrieg heute nicht vorstellen. Aber die Basis ist noch da, der Kampf um die Neuauftteilung der Welt. Deutschland rüstet auf. Wir erleben die größte Rüstungskampagne der letzten Jahrzehnte. 130 Milliarden Euro sollen in den kommenden Jahren für moderne Waffen der Bundeswehr ausgegeben werden. Der Militärbudget soll prozentual und absolut an das BIP gebunden und erhöht werden. Überall ertönt anti-russische und -chinesische Hetze.



Mitgliederversammlungen November/Dezember

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 06. November, 20:30 Uhr

Vorbereitung der Mitgliederversammlung der Gö-Linke

MV Dienstag, 20. November, 20:00 Uhr

#aufstehen – Was ist das, was passiert in Göttingen

Referent: Tom Österreich (eingeladen)

Dezember (Vorschau):

MV Dienstag, 04. Dezember, 20:00 Uhr

Bitte melden, wer teilnehmen will

– sonst fällt sie aus.

MV Dienstag, 18. Dezember, 20:00 Uhr

Europa, die EU und wir. Diskussion zur Kandidatur der DKP bei den EU-Wahlen

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

Und im Inland? Die Kommunistische Partei in Deutschland existiert, die Arbeiter und Arbeiterinnen verlieren das Vertrauen in die Sozialdemokratie und kehren ihr den Rücken. Leider profitieren davon die Kommunisten gar nicht. Sie sind schwach. Von einer revolutionären Krise sind wir weit entfernt. Aber: Viele sind trotz Arbeit arm. Viele Arbeiter sind dank Leiharbeit rechtlos. Befristete Verträge boomen, trotz Booms der deutschen Wirtschaft.

Der Novemberrevolution wollen viele Menschen am 4. November in Kiel gedenken, die DKP ruft zu einem eigenen Block auf. Dabei sehen wir die Kontinuität des Imperialismus und des Widerstands dagegen. Wir wollen weiter im Sinne der Novemberrevolutionäre und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands wirken:

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus“!

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Der Verein „In Grone“ ruft auf:

Kundgebung gegen die Vernichtung bezahlbaren Wohnraumes



Grone:

Die Pläne der ADLER AG und der Stadtverwaltung bedeuten:
65%¹ des bezahlbaren Wohnraums² werden vernichtet!

Denn:

bei 5,40 Euro Durchschnittsmiete³

plus 2,59 Euro Erhöhung nach der Modernisierung mit Fahrstühlen⁴

= Durchschnittsmiete von 7,99 Euro/qm

Im Sommer noch trat die ADLER AG dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ bei
- jetzt werden rd. 700 ihrer Wohnungen aus diesem Segment herausfallen!

Wir fordern den Bauausschuss auf,
die Bebauungspläne für Grone abzulehnen!
Helfen Sie uns, damit unsere Wohnungen bezahlbar bleiben!

Donnerstag, 8. November
15. 30 bis 16.30 Uhr
vor dem neuen Rathaus



¹ Nur 35 % aller ARE-Wohnungen sollen von den Erhöhungen ausgenommen werden

² „Bezahlbarer Wohnraum“ ist lt. Handlungskonzept der Stadt GÖ ein Mietpreis von 5,60/qm für untere Einkommensgruppen und bis zu 7,00/qm für mittlere Einkommensgruppen

³ Lt. Sozialausschuss der Stadt Göttingen

⁴ Eigenangabe der ARE



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 14. November 2018, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Straße 3, GÖ

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Tagesordnung
2. Sachstand Rotes Zentrum
3. Pflege- und Mietenkampagne – Bericht von der Aktionskonferenz
4. Bericht GöLi-MV
5. Regionalkonferenz und Europawahl
6. Berichte: Landesausschuss, Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
7. Verschiedenes

Regionalkonferenz

Samstag, 17. November 2018, 16.30 bis 19.30 Uhr im Kulturzentrum Turm 2.0, Schauenstiel 20, Northeim

17.30 Uhr werden wir die vier Vertreter*innen für die Bundesvertreter*innen-Versammlung am 23./24.02.2019 in Bonn wählen, die die Liste zur Europa-Wahl bestimmt.

Schwerpunktthema ist der Wahlkampf und der Organisationsaufbau in Südniedersachsen. Hierzu ist eine gesonderte Einladung ergangen.

Bundesweite Aktionskonferenz zur Pflege- und Mietenkampagne

am 9./10. November in Göttingen

Info/ Anmeldung: <https://www.die-linke.de/partei/veranstaltungen/aktionskonferenz-zur-pflege-und-mietenkampagne/>

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 28. November, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

- Nachwahlen zum Sprecher*innen-Rat
- Schwerpunktthema: „Faschistische Gefahr und antifaschistische Strategie“ mit Dr. Peter Strathmann

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 14. November 2018, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Kurt Saalmann (vgl. Adressenspalte) erfragen.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Dienstag, 13. November, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

! **Veranstaltungen des RLC und Club Marx zur Wohnungspolitik siehe eingelegetes Blatt.**

KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Kurt H. Saalmann, Steinflurweg 21

37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

▶ Abrüsten ist das Gebot der Stunde – ein Plädoyer anlässlich des Antikriegstages

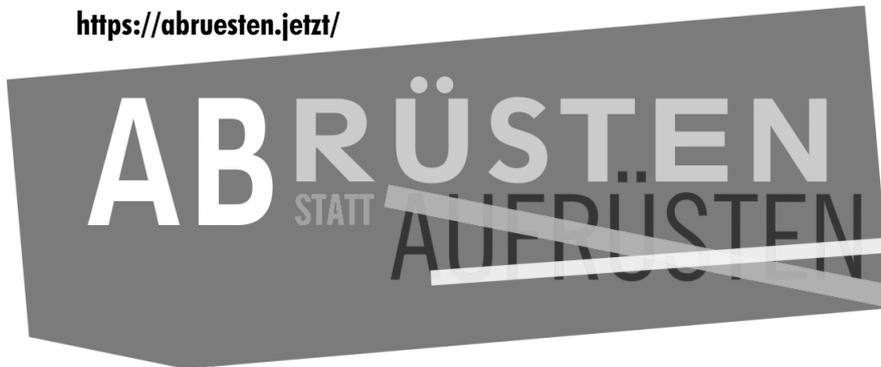
Der Antikriegstag ist immer eine Mahnung, erinnert er doch an die 50 Millionen Menschen, die im 2. Weltkrieg den Tod fanden. Krieg darf kein Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen sein und um dies zu vermeiden, muss eines im Vordergrund stehen: Eine konsequente Abrüstung.

Wir haben die Hoffnung, dass die vielen, vielen Toten der Vergangenheit aber auch der Gegenwart und die vielen Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen um ihr Leben zu retten nicht nur eine Mahnung sind, sondern dass es ein wirkliches Umdenken gibt. Vor kurzem erinnerten wir an den 73. Jahrestag des Abwurfes der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki. Es muss an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen werden was damals Grauensvolles geschah. Heute aber wird wieder davon gesprochen, dass ein Nuklear-Krieg gewinnbar sei. Die Drohung mit Atomwaffen ist kein legitimes politisches oder militärisches Mittel und darf es niemals sein. Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

Doch leider gab es in letzter Zeit nicht viele Antikriegstage, in deren Vorfeld eine derartige Aufrüstung an allen erdenklichen Fronten stattfand. Die NATO verlegt Truppen an die Ostflanke und sucht buchstäblich auf allen Ebenen die Konfrontation mit Russland. Deutschland ist in diesen Kurs, der ein Eskalationskurs ist, voll eingebunden. Ja, es ist sogar Vorreiter. In den Jahren seit 2000 sind deutsche Rüstungsausgaben auf jeweils zwischen 24 und 36 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen, bis 2024 sollen es sogar 60 Milliarden Euro sein. Gleichzeitig will Deutschland 20.000 Soldaten für die NATO-Planungen einbringen, für einen Krieg gegen Russland - Tendenz noch steigend.

Während also bei uns in den Schulen die Waschbecken von der Wand fallen und man in manchen Städten wegen der Schlaglöcher kaum Fahrrad fahren kann, werden viele Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert um Panzer schneller und besser nach Osteuropa zu bringen. „Militärisches Schengen“ nennt die EU dieses Programm.

<https://abruesten.jetzt/>



In der EU ist es mittlerweile ein Glaubensbekenntnis zu sagen, dass man nicht mehr bei der so genannten „soft power“ stehen bleiben kann, sondern sobald notwendig ist eben auch mit militärischer Macht „unsere“ Interessen verteidigen muss. Hierbei stellt sich vor allem die Frage, wann und wofür ist etwas „notwendig“ und was sind „unsere“ Interessen? Dabei entlarven sich die sogenannten „EU-Interessen“ durch die EU-Globalstrategie: Der Zugang zu natürlich Ressourcen müsse sichergestellt und die Handelswege müssten kontrolliert werden. Der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker klopft sich immer wieder gerne selbst auf die Schulter, wenn er sagt, dass in den letzten zehn Monaten das geschafft wurde, was in den letzten 20 Jahren nicht geschafft wurde. Man muss leider sagen das er recht hat, denn die EU hat sich mit Siebenmeilenstiefeln zu einer Militärunion entwickelt. Dazu gehört unter anderem die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (engl. PESCO), deren Ziel es ist, die militärische Kooperation der Mitgliedstaaten zu verstärken. Dazu gehört auch die massive Subventionierung

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

des militärisch-industriellen Komplexes, durch das sogenannte EU-Rüstungsprogramm EDIDP. Es wird außerdem erstmals einen EU-Militärhaushalt geben, obwohl die Verwendung des EU-Budgets für militärische Zwecke im Lissabon-Vertrag ausdrücklich untersagt ist, der den normalen EU-Haushalt bis 2027 um circa 65 Milliarden Euro „aufstockt“.

Diese Entwicklung ist ein reiner Eskalationskurs. Die Militarisierung in Europa befördert die Spirale der Konflikthaftigkeit, der Kriege, der Flucht. Und dann reden alle davon Fluchtursachen zu bekämpfen. Durch die drastisch erhöhten Militärausgaben wird die Bundeswehr wie die Heere der anderen Mitgliedstaaten dazu in der Lage sein, sich ganz anders in der Gesellschaft breit zu machen. Deutschland und Europa werden deutlich militärischer werden. Einer von vielen Gründen diesen Rüstungswahn zu beenden!

Gleichzeitig fehlt das Geld an anderen, viel wichtigeren Stellen: Für zivile Konfliktlösung, Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung. In Deutschland ließe sich das Geld z.B. deutlich sinnvoller und zukunftsorientierter einsetzen: Allein mit 21 Milliarden Euro zusätzlich wäre es möglich, Hartz IV zu verdoppeln und Menschen ganz konkret zu unterstützen. Für deutlich weniger - für 15 Milliarden Euro wäre ein deutschlandweiter Nulltarif im ÖPNV zu haben.

Die Geschichte Europas, alle Erfahrungen und logischen Argumente sowie die derzeitigen Konflikte zeigen, dass eine weitere zunehmende Militarisierung der falsche Weg ist. Abrüsten ist das Gebot der Stunde. Denn zu jeder Zeit gilt: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.



► Anmerkungen zur Bayernwahl

Auch wenn es durchaus die Hoffnung gegeben hatte, dass es diesmal in Bayern für DIE LINKE mit dem Einzug

in den Landtag klappen könnte, hat es erneut trotz einer deutlich höheren Zahl von Gesamt-Wählerstimmen (Erst- und

Zweitstimmen zusammengerechnet) von 252.000 auf 436.000 nicht gereicht. In Meinungsumfragen waren bis zu fünf Prozent vorausgesagt worden, nachdem bis Mai 2018 nur jeweils 2 oder 3 Prozent über viele Jahre prognostiziert wurden.

Wir dokumentieren die Erklärung des bayerischen Landesverbandes:

DIE LINKE LV Bayern 15.10.18

► Wunder bleibt aus

Zu den Ergebnissen der bayerischen Landtagswahl 2018 erklärt Max Steininger, Landesgeschäftsführer DIE LINKE. Bayern:

„Wir freuen uns über die vielen Menschen, die mit uns eine soziale Veränderung, ein Mehr für die Mehrheit, eine Umverteilung des Reichtums und eine bessere Pflege erwirken wollen.“

Auch wenn es für das Wunder eines Landtagseinzugs nicht gereicht hat: Wir haben dem widerständigen Bayern im letzten Jahr eine Stimme verliehen und wir werden den außerparlamentarischen Druck weiter aufbauen. Im nächsten halben Jahr werden wir dem Volksbegehren gegen Pflegenotstand zum Erfolg verhelfen. Wir richten unsere Konzentration auf die Mietenproblematik im Freistaat. Anfang 2020 steht bei den Kommunalwahlen die flächendeckende

Verankerung der LINKEN in den bayerischen Kommunen an.

Wir sind dennoch stolz auf diesen Wahlkampf: Wir hatten an den Haustüren und auf den Demonstrationen, an den Infoständen und in den Betrieben ermutigende Gespräche. Wir freuen uns über mehrere Hunderttausend Wählerinnen

und Wähler, die sich entschieden haben, mit uns gemeinsam für ein widerständiges Bayern und für ein Mehr für die Mehrheit einzutreten.

Egal ob jung oder alt, wer die Welt verändern will, wer aktiv gegen Rechtsruck und für soziale Gerechtigkeit eintritt, ist bei uns willkommen. Als Wählerin oder Wähler und natürlich auch als Mitglied.“

<https://www.die-linke-bayern.de/nc/aktuell/presse/detail/news/wunder-bleibt-aus/>

Ergebnis:

	2018 Prozent	2013 Prozent	2018 Sitze	2013 Sitze
Wahlb./ Sitze	72,4%	63,6%	205	180
CSU	37,2%	47,7%	85	101
Grüne	17,5%	8,6%	38	18
FW	11,6%	9,0%	27	19
AfD	10,2%	n.a.	22	
SPD	9,7%	20,6%	22	42
FDP	5,1%	3,3%	11	
DIE LINKE	3,2%	2,1%		

Ein Kommentar von Thorben Peters, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen vom 8.10.2018

Dreist, dreister, GroKo Niedersachsen: Weil und Althusmann belohnen VW-Chef für Abgasmanipulation!

10,3 Millionen Euro inklusive Nebenleistungen hat VW-Chef Matthias Müller 2017 verdient. Das ist ein sattes Gehaltsplus von rund 3 Millionen Euro für den Manager, in dessen Verantwortung die Manipulation von Abgaswerten sowie die nach wie vor ausbleibenden Entschädigungszahlen für Dieselbesitzer fallen. Alles mit Segen unserer Landesregierung, vertreten durch Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) im Aufsichtsrat von VW.

Jahrelang hat der Konzern Autos auf die Straße geschickt, die mehr Schadstoffe in die Luft pumpen als erlaubt war, wovon dieser und seine Aktionäre kräftig profitiert haben. Auch ohne die illegalen Versuche an Affen muss der Konzernleitung klar

gewesen sein, dass die Autoabgase gesundheitsschädlich für Mensch und Tier sind, statt Konsequenzen folgten nur Lügen und Vertuschungen. Laut Umweltbundesamt hat die Abgasbelastung in den Städten und auf dem Land allein im Jahr 2014 rund eine Million Krankheitsfälle verursacht und 49.700 Lebensjahre sowie 6.000 Menschen das Leben gekostet. Diese führen nämlich langfristig zu Bronchitis sowie Kreislauferkrankungen und können Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfälle und Asthma begünstigen. Für diese schlechende Tötung tragen auch Autobauer wie VW eine Verantwortung. Nach Bekanntwerden des Skandals tönte Ministerpräsident Weil im Landtag: „Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Vorstandsvergütung auf

ein Normalmaß zurückgestutzt wird.“ Nicht nur dass er damit ein Versprechen bricht, er und Althusmann belohnen eine skrupellose Geschäftspraxis, die Kunden täuscht, auf die Umwelt pfeift und die Gesundheit von hunderttausenden Menschen zerstört. Ganz abgesehen davon, dass nichts ein solches Gehalt bei irgendjemandem rechtfertigt.

VW-Vorstandsmitglieder, die von der Abgasmanipulation gewusst haben, gehören nicht mit einer millionenschweren Gehaltserhöhung entlohnt, sondern vor Gericht gestellt. Sollte der VW-Chef nichts davon gewusst haben, hat er seinen Laden nicht im Griff und hätte längst gefeuert werden müssen.

(...) Forts. auf Seite 9

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► DIE LINKE und die Europawahl 2019

Am 26. Mai 2019 wird die nächste Europawahl stattfinden. Wie bereits 2014 wird es keine Sperrklausel geben, auch werden die 99 deutschen Abgeordneten weiterhin über nationale Listen bzw. im Falle der Unionsparteien über Landeslisten gewählt. Auch soll am Prinzip von Gesamt-EU-Spitzenkandidaten festgehalten werden, diese stehen allerdings noch nicht fest. Eine grundlegende Änderung des Wahlrechts wird zwar diskutiert, konnte aber nicht mehr vor dieser Europawahl umgesetzt werden.

Von Seiten unseres Parteivorstandes wurde folgender Zeitplan beschlossen:

4. November 2018: Regionalkonferenz in Mannheim zur Diskussion des Programmentwurfs

10. und 11. November 2018: Diskussion des ersten Entwurfs des Europawahlprogramms im Parteivorstand

17. und 18. November 2018: Sitzung

des Bundesausschusses in Berlin, Beschlussfassung über einen Personalvorschlag für die Liste zur Europawahl

24. November 2018: Regionalkonferenz in Berlin zur Diskussion des Programmentwurfs

2. Dezember 2018: Regionalkonferenz in Bielefeld zur Diskussion des Programmentwurfs

8. und 9. Dezember 2018: Verabschiedung des Leittrags an den Europawahlparteitag (Entwurf des Wahlprogramms) durch den Parteivorstand

8. Februar 2019 (geplant): Antragschluss für Änderungsanträge zum Leittrags an den Europawahlparteitag (Entwurf des Wahlprogramms)

23. und 24. Februar 2019 (geplant): Europawahlparteitag in Bonn, Verabschiedung des Wahlprogramms und Aufstellung der Kandidatenliste

Die südniedersächsischen Delegierten

für den Wahlparteitag sollen bei der Regionskonferenz am 17.10. in Northheim gewählt werden.

Bereits am 24. September wurden von Seiten der Parteivorsitzenden als Spitzen-Duo für die Europawahl Özlem Alev Demirel (34) aus Nordrhein-Westfalen und Martin Schirdewan (43) aus Berlin vorgeschlagen, die aber noch vom Europawahlparteitag gewählt werden müssen.

Die Göttingerin Sabine Lösing wird nach zwei Wahlperioden als Europaabgeordnete nicht mehr kandidieren. Bisher verfügte die deutsche LINKE über sieben Sitze. Im Europäischen Parlament bilden die Abgeordneten der Mitgliedsparteien der Europäischen Linken die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke (GUE/NGL). Seit der Europawahl 2014 ist die GUE/NGL mit 51 (zuvor: 34) Abgeordneten die fünfstärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Der Fraktion gehören auch unabhängige Mitglieder, insbesondere der Nordischen grün-linken Allianz sowie der für die Tierschutzpartei gewählte Abgeordnete Stefan Eck an. Fraktionsvorsitzende ist die frühere PDS-Parteivorsitzende Gabi Zimmer. *ef*

Kreistag-Schulausschuss:

► Schulentwicklungsplanung

Erstmals überhaupt wurde von Seiten der Landkreis-Verwaltung ein Entwurf eines Schulentwicklungsplans für die allgemeinbildenden Schulen des Kreisgebiets (ohne die Stadt Göttingen) für den Zeitraum bis 2021 vorgelegt und in der Schulausschuss-Sitzung am 18.10. vorgestellt. Das mit Anlagen 39 Seiten fassende Gesamtkunstwerk lässt sich mit einem Satz zusammenfassen: Es soll alles so bleiben wie es ist, die bisherige Schulpolitik wird unverändert fortgesetzt. Hauptkritikpunkt von LINKER Seite ist, dass es außerhalb des Göttinger Umlandes nicht möglich ist, Integrierte Gesamtschulen zu besuchen, da das Schulangebot in Hann. Münden, dem Eichsfeld und dem Altkreis Osterode nur das gegliederte Schulsystem vorsieht. Die kirchliche IGS in Duderstadt wird nicht vom Landkreis übernommen und ist von einer Schließung bedroht.

Auch der zuletzt von zahlreichen Eichsfelder Eltern angesichts der drohenden Schließung der IGS geäußerte Wunsch nach dieser Schulform, wurde schlichtweg ignoriert. Die Überlegung die KGS Gieboldehausen in eine IGS umzuwandeln, wurde

nicht aufgegriffen, auch weil sie von dieser Schule abgelehnt wird. Allerdings könnte eine mögliche Schließung der Duderstädter Hauptschule, bei der in den nächsten Jahren nur noch eine durchschnittliche Jahrgangsbreite von 13 Schülern erwartet wird, Bewegung in die Schullandschaft bringen, wobei hier eine Fusion mit der Realschule zu befürchten ist.

Auch wenn die drohenden Schulschließungen der Oberschulen und damit der Verlust der Altkreis-Osteröder Schulstandorte in Hattorf und Babenhausen (Gemeinde Bad Grund) vorerst abgewendet scheint, sind solche Schulschließungen nicht vom Tisch und können laut Entwurf bei (drohendem) Verlust der Zweizügigkeit allein vom Landrat verfügt werden. Da es hieran auch Kritik von der CDU gegeben hat, könnte sich dies in der endgültigen Fassung noch ändern.

Eine wirkliche Diskussion dazu hat nicht stattgefunden: Bei der Präsentation des Entwurfs handelte es sich um eine erste Vorstellung. Dennoch hat Eckhard Fascher als Vertreter unserer Kreistagsgruppe die hier zusammengefasste Kritik

vorgetragen. Für die CDU übte Jens Haepe vor allem Kritik an dem erwähnten Passus zu Schulschließungen. Die Beibehaltung der bisherigen Schulstruktur ließ er unkommentiert. Es ist hier zu erwarten, dass diese Politik des Weiter-so sowohl von der verwaltungsnahen Gruppe aus SPD, Grünen und FWLG als auch der CDU mitgetragen wird.

Es wird dann am 1. November von 16 bis 20 Uhr eine öffentliche Anhörung in der BBS II stattfinden. In der Schulausschuss-Sitzung am 29.11. soll der Entwurf erneut beraten und dann in der Kreistagsitzung am 18. 12. beschlossen werden. *ef*

(...) Forts. von Seite 8

Dieselbesitzer, welche getäuscht wurden, gehören auf Konzernkosten umgehend entschädigt. Managergehälter müssen zudem gedeckelt werden, das Geld ist bei der sonstigen Belegschaft besser aufgehoben. Mit Blick auf das Handeln von Weil und Althusmann gegenüber VW möchte ich mit einem Zitat von Kurt Tucholsky schließen: „Et jibt Karrieren – die jehn durch den Hintern.“

<https://www.dielinke-nds.de/start/aktuell/detail/news/dreist-dreister-groko-niedersachsen-weil-und-althusmann-belohnen-vw-chef-fuer-abgasmanipulation/>



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Einladung zur

Kreismitgliederversammlung der Göttinger-Linke

am 7. November 2018 um 19.00 Uhr

in den Räumen der „Rote Hilfe“, Geismar Ldstr. 3, Göttingen

1. Eröffnung / Begrüßung
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung
3. Beschlussfassung über Tages-, Geschäfts- und Wahlordnung
4. Rechenschaftsberichte der Göttinger Rats-Fraktion und des Sprecher*innenkreises der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke sowie Kassenbericht
5. Bericht der Kassenprüfung
6. Entlastung des bisherigen Sprecher*innenkreis und des/der Kassenwart*in
7. Neuwahl des Sprecher*innenkreis und des/der Kassenwart*in
8. Wahl zweier Kassenprüfer*in
9. Elementare Themen zur zukünftigen Ratsfraktionsarbeit der Göttinger-Linke
10. Nachfolge von Gerd Nier. Potentielle Nachrücker*innen stellen sich vor.
11. Bildung einer Gruppe mit Herrn Wucherpennig zur gemeinsamen Ratsfraktionsarbeit.
12. Vorstellung des Trägervereins „RotesZentrum“
13. Anliegen der Mitglieder und der „Parteilosen“
14. Sonstiges und Verschiedenes
15. Schlusswort

Antragsschluss war der 26. Oktober 2018.

Die nächsten Termine im neuen Roten Zentrum:

Freitag 23.11. 18 Uhr
 „600* ACAB + 1 Rammbock“

Persönliche Erzählungen zu der Hausdurchsuchung am 5.12.2017 in Wohnräumen des Lieschen-Vogel Hauses

Sonntag, 20.01 2019, 18 Uhr
 „Grünkohl mit Karl und Rosa“



Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Kein Termin im November



Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
 Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
 BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
 E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitmeyer,
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
 Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
 Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
 Rolf Ralle
 Edgar Schu

An: Rotes Zentrum Göttingen – Lange-Geismar-Str. 2 – 37073 Göttingen

rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Ich habe Interesse an einer Fördermitgliedschaft im neuen Verein „Rotes Zentrum Göttingen“.

Bitte kontaktiert mich über:





Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir einen Brief von uns an den Oberbürgermeister, die Fraktionen im Rat und die Presse. Wir erwarten dabei die öffentliche Entschuldigung von Frau Broistedt nach einer Entgleisung ihrerseits in der letzten Ratssitzung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Köhler,

Seit der Ratssitzung am 12.09.2018 warten wir vergeblich auf eine offizielle Stellungnahme der Verwaltung der Stadt Göttingen zu den Ausführungen der Stadträtin Frau Broistedt zu unserem Antrag zur bedenklichen Mietentwicklung im Bestand der „Adler Real Estate“ (ARE) in Grone. Diese Ausführungen haben zu einiger Unruhe, nicht nur in unserer Fraktion, geführt.

Frau Broistedts Aussagen, was ein „korrekter“ Antrag sei und was nicht, entbehrte jeder rechtlichen Grundlage und war eine rein persönliche Einschätzung.

Wir wollten mit unserem Antrag Transparenz in die Mietsituation in Grone bringen. Betroffene MieterInnen hatten sich an uns gewandt und die Ihnen auf einer Infoveranstaltung der ARE genannten zukünftigen untragbaren Mieterhöhungen mitgeteilt. Diese protokollierten Informationen der MieterInnen bezeichnete Frau Broistedt als „Fake News“ und warf uns Stimmungsmache vor, ordnete die Göttinger Linke gar in die politische Richtung populistischer Gruppierungen ein. Damit hat sie uns und die MieterInnen, deren Anliegen wir sehr ernst nehmen und unterstützen wollen, gleichermaßen verunglimpft. Es darf einen bei solchem Verhalten nicht wundern, wenn derart behandelte Menschen politikverdrossen werden und sich enttäuscht in Richtung Populismus bewegen.

Frau Broistedts Stellungnahme zu unserem Antrag hat gezeigt, dass keine kritische Auseinandersetzung mit den widersprüchlichen Aussagen der ARE stattgefunden hat. Vielmehr hat sich die Dezernentin allein auf die Angaben des Immobilienkonzerns verlassen. Dabei liegen z.B. für die Belegwohnungen der Stadt konkrete Zahlen vor, die von einer viel höheren Miete ausgehen, als das, was die ARE momentan als Durchschnittsmiete angibt.

Nun spitzt sich aktuell die Situation zu: Alle seit Anfang des Jahres von der ARE geplanten Bauvorhaben sind in beschlussfähige Verwaltungsvorlagen umgesetzt. Trotz der anhaltenden Proteste der MieterInnen, man könne sich die drohenden Mieterhöhungen keinesfalls leisten, sollen anscheinend alle Planungen mit den horrenden Mieterhöhungen umgesetzt werden.

Immer wieder ist den MieterInnen gesagt worden, die Stadt könne daran nichts ändern, es sei Privatrecht. So antwortete Frau Broistedt auch auf Fragen der Bürgerin B. Safieh in der Bürgerfragestunde in der letzten Ratssitzung.

Die Bitte der Stadträtin, unseren diesbezüglichen Antrag per Direktbeschluss von der Tagesordnung zu bekommen, war ein deutliches Signal.

Die MieterInnen sind aber weiterhin beunruhigt und verlangen die Klärung der für sie unhaltbaren Situation.

Neben dieser Klärung erwarten wir von der Verwaltungsführung, dass im Göttinger Tageblatt eine Erklärung abgegeben wird, die die Aussagen „Fake News“ und die Zuordnung der GÖLinken zu populistischen Gruppierungen zurücknimmt. Außerdem halten wir es für selbstverständlich, dass Frau Broistedt in der nächsten Ratssitzung diese Behauptungen, die nachgewiesener Weise jeder Grundlage entbehren, zurücknimmt.

Wir erwarten zeitnah eine Antwort auf diesen Brief.

Kontakt Daten

Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
 Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“

(Forts. „Zwangsarbeit in der Region“ von S. 2)

Erst als Entschädigungszahlungen geleistet werden sollten, wurde dem Thema Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg zunehmend Aufmerksamkeit zuteil. In fast jedem Betrieb der Region, ob in Landwirtschaft, Bäckereien & Krankenhäusern, im Bahngleisbau, in Industriebetrieben; überall wurden ZwangsarbeiterInnen eingesetzt. Wir erhalten Einblick, wie und wo Zwangsarbeit stattfand, wer die Menschen waren, wo sie herkamen und was aus ihnen wurde. Sie können sich in der Ausstellung auch alleine aufmachen zu dem Teil der Region Südniedersachsens, den sie gerne

Gewaltfrei für Frieden und Gerechtigkeit

Combatants of Peace — Ein Bündnis ehemaliger Kämpfer in Israel und Palästina

**Donnerstag, 15. November 2018, 19.30 Uhr
Reformierte Gemeinde Göttingen, Untere Karspüle 11, Göttingen**

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. und der Friedensdekade

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel werden immer geprägt bleiben von der Shoah. Deshalb ist es auch heute noch von Bedeutung, sich mit der Situation in Israel/Palästina zu beschäftigen. Viele der „Combatants of Peace“ haben durch Krieg und gegenseitige Gewalt unerträgliches Leid erfahren und Angehörige verloren. Sie wollen nicht mehr Waffen aufeinander richten, sondern mit Begegnungen und Aktionen gewaltfrei für ein Ende der Besatzung eintreten. Seit 2006 organisieren sie z.B. einen alternativen Erinnerungstag, an dem der Opfer beider Seiten gedacht wird.

Rainer Zimmer-Winkel, Vorsitzender des Vereins „DIAK Israel-Palästina-Deutschland — zusammendenken“, stellt die Bewegung im Spannungsdreieck Israel – Palästina – Deutschland vor.

Rassismus gegen Roma und Sinti benennen, erkennen und entgegenwirken

Workshop

**Samstag, 17. November 2018, 11 - 17 Uhr
Bildungswerk ver.di, Rote Straße 19**

Referentin: **Joschla Weiß**, Bildungsreferentin der Jugendbildungsstätte Kaubstraße und SchauspielerIn

Es wird um vorherige Anmeldung bis zum 14. November 2018 gebeten unter **femko@immerda.ch**

Veranstaltet von [femko] und DGB Region Südniedersachsen-Harz in Kooperation mit dem Bildungswerk ver.di

Auf Grundlage der nationalsozialistischen Rassenideologie wurden Sinti und Roma während des Nationalsozialismus schrittweise entrechtet und schließlich in die Vernichtungslager deportiert. Bis heute werden sie in Europa oft als „Problem der Gesellschaft“ abgewertet. Dabei sind sie seit jeher Teil der Gesellschaft und haben diese auf allen Ebenen geprägt. Dieser Workshop lädt dazu ein, eigenen Vorurteilen zu begegnen und sie zu hinterfragen. Ziel ist die bewusste Auseinandersetzung mit Diskriminierungsformen mithilfe von theaterpädagogischen Methoden.

Verbrechen der Ordnungspolizei in Italien (1943 bis 1945)

Vortrag und Diskussion

Sonntag, 18. November 2018, 17 Uhr

Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ in der BBS II, Godehardstraße 11, Göttingen

Veranstaltet von NS-Familien-Geschichte: hinterfragen – erforschen – aufklären e.V.

Die Recherche der Referentin des Vereins begann mit einem Fotoalbum aus dem Krieg, ein paar Ortsnamen und einigen Familienerzählungen. In ihrem Vortrag erzählt sie davon, an welche Orte ihre Spurensuche sie geführt hat. Anhand einiger Beispiele berichtet sie von den „Bandenbekämpfungsaktionen“ des 15. SS-Polizeiregiments in Oberita-

lien und zeichnet Werdegänge einzelner beteiligter Polizisten bis in die 1970er Jahre nach.

Dass die Wehrmacht zahlreiche Kriegsverbrechen begangen hat, ist mittlerweile bekannt. Bezogen auf die Polizei ist bis heute gängige Meinung, dass der Vernichtungskrieg im Osten und auch die Massaker in West- und Südeuropa in der späteren Phase des Kriegs von „der SS“ durchgeführt wurden. Tatsächlich wurde das Personal der Einsatzgruppen vielerorts zu erheblichen Teilen von der Ordnungspolizei gestellt. Ghettos wurden von Ordnungspolizisten bewacht, ebenso die Deportationszüge in die Vernichtungslager. Einige Ghettos wurden von Polizeibataillonen liquidiert. Die Gaswagen wurden unter der Leitung eines Polizeioffiziers entwickelt. Eine strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen der Ordnungspolizei fand nach 1945, wenn überhaupt, nur für die Führungsebene statt. Bei der Neuaufstellung der westdeutschen Polizei wurden fast alle Täter der mittleren und unteren Dienststränge wiederingestellt und nahmen großen Einfluss auf die nachfolgende Generation, etliche davon als Ausbilder. während des Nationalsozialismus schrittweise entrechtet und schließlich in die Vernichtungslager deportiert. Bis heute werden sie in Europa oft als „Problem der Gesellschaft“ abgewertet. Dabei sind sie seit jeher Teil der Gesellschaft und haben diese auf allen Ebenen geprägt. Dieser Workshop lädt dazu ein, eigenen Vorurteilen zu begegnen und sie zu hinterfragen. Ziel ist die bewusste Auseinandersetzung mit Diskriminierungsformen mithilfe von theaterpädagogischen Methoden.

.....
Fortsetzung „USA: Die Parodie ...“ von Seite 3

ermutigt, jener, mit denen Jugendlichen in US-amerikanischen Schulen das Leben genommen wurde.

Der US-Regierung gehen die Vorwände aus und was gestern bei den Vereinten Nationen geschehen ist, ist ein Zeichen ihrer Verzweiflung, ihres Mangels an Argumenten. Sie weiß, dass die größte und eklatanteste Verletzung der Menschenrechte die Blockade ist, die sie den Kubanern auferlegt. Sie sollte nicht versuchen, die Aufmerksamkeit abzulenken. Kuba beugt sich weder der Blockade noch Drohungen, Lügen oder Verleumdungskampagnen.